

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 25

FREITAG, DEN 28. MÄRZ

2014

Inhalt:

	Seite		Seite
Abschlussprüfung II/2014 für Hauswirtschaftserinnen und Hauswirtschaftler	501	Widmung einer Wegefläche	502
Wechsel in den Funktionen der Wahl- und Abstimmungsleitung im Bezirk Hamburg-Nord	501	Widmung von Wegeflächen	502
Widmung der Wegefläche Kajen	502	Änderung des Verzeichnisses der zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen für die Stadtreinigung Hamburg (SRH) berechtigten Beschäftigten	502
Entwidmung der öffentlichen Wegefläche Lippeltstraße Ecke Banksstraße	502		

BEKANNTMACHUNGEN

Abschlussprüfung II/2014 für Hauswirtschaftserinnen und Hauswirtschaftler

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration als zuständige Stelle für die Berufsbildung in der Hauswirtschaft – mit Ausnahme der ländlichen Hauswirtschaft – setzt die Prüfungstermine der Abschlussprüfung für Hauswirtschaftserinnen und Hauswirtschaftler HW II/2014 wie folgt fest und gibt diese nachstehend bekannt:

Der schriftliche Teil der Prüfung findet für alle Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer zentral in der Beruflichen Schule Uferstraße, Uferstraße 9-10, 22081 Hamburg, am 5. Juni 2014 um 8.00 Uhr statt.

Die praktischen Prüfungen finden in der Zeit vom 6. Mai 2014 bis 4. Juli 2014 zentral in der Beruflichen Schule Uferstraße und für Auszubildende teilweise in ihren Ausbildungsbetrieben statt. Die genauen Prüfungstermine und Prüfungsorte werden den zur Prüfung Zugelassenen mit der Zulassung mitgeteilt.

Die Anmeldung zur Prüfung hat schriftlich auf den von der zuständigen Stelle vorgesehenen Vordrucken bis zum 15. April 2014 bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (zuständige Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz), AI 334, Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg, zu erfolgen.

Prüfungsbewerberinnen und Prüfungsbewerber, die ein Berichtsheft zu führen haben, haben dieses in der Berufsschule für ihre Ausbildungsberaterin zu hinterlegen. Einzelheiten regelt die Ausbildungsberaterin.

Vordrucke für die Anmeldung sind bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, VIII. Stock, Zimmer 836, Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg, Telefon:

040/4 28 63 - 27 48, erhältlich. Geben Sie bei der Bestellung der Vordrucke bitte an, welchen Status die Prüflinge haben.

Hamburg, den 24. März 2014

**Die Behörde für Arbeit, Soziales,
Familie und Integration**

Amtl. Anz. S. 501

Wechsel in den Funktionen der Wahl- und Abstimmungsleitung im Bezirk Hamburg-Nord

Die Bestellung der Frau Regierungsdirektorin Kerstin Schepanski zur Bezirkswahlleiterin des Bezirkswahlkreises Hamburg-Nord für die Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen ist mit Wirkung zum 24. März 2014 aufgehoben worden. Kraft Gesetzes gilt dies auch für die Funktion als Bezirksabstimmungsleiterin. Zugleich ist auch ihre Ernennung zur Kreiswahlleiterin für die Europawahl am 25. Mai 2014 für den Bezirk Hamburg-Nord aufgehoben worden.

An ihrer Stelle ist Herr Regierungsdirektor Tom Oelrichs mit Wirkung zum 24. März 2014 für die Funktionen des Bezirkswahlleiters des Bezirkswahlkreises Hamburg-Nord für die Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen auf unbestimmte Zeit bestellt worden. Kraft Gesetzes ist er damit auch Bezirksabstimmungsleiter für den Bezirk Hamburg-Nord. Zugleich ist er zum Kreiswahlleiter für die Europawahl am 25. Mai 2014 für den Bezirk Hamburg-Nord ernannt worden.

Die Wahlgeschäftsstelle befindet sich im Bezirksamt Hamburg-Nord, Hausanschrift: Kümmellstraße 7,

20249 Hamburg, Telefon: 040/4 28 04 - 2897, Telefax: 040/4 28 04 - 48 01, E-Mail: wahlen-abstimmungen@hamburg-nord.hamburg.de.

Hamburg, den 28. März 2014

Der Landeswahlleiter/Der Landesabstimmungsleiter

Amtl. Anz. S. 501

Widmung der Wegefläche Kajen

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Altstadt-Süd, belegene Wegefläche Kajen (Flurstücke 1674 teilweise, 2259 teilweise und 6576 teilweise [im Lageplan 1 gelb]) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Altstadt-Süd, belegene Wegefläche der zwischen Otto-Sill-Brücke und Hohe Brücke verlaufenden und an den öffentlichen Wegen Kajen und Hohe Brücke wasserseitig gelegenen Promenade (Flurstück 6576 teilweise [im Lageplan 2 gelb]) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Fußgängerverkehr gewidmet. Der Weg ist Bestandteil der Hochwasserschutzanlage, die deichrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt. Die Widmung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Benutzung des Weges jederzeit aus Gründen des Hochwasserschutzes eingeschränkt oder untersagt werden kann.

Die Widmung beschränkt sich auf den Wegebekörper (Wegeunterbau und Wegedecke). Die ursprüngliche Verfügung mit Lageplan kann eingesehen werden beim: Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Klosterwall 8, Raum 127, 129, 20095 Hamburg.

Hamburg, den 17. März 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 502

Entwidmung der öffentlichen Wegefläche Lippeltstraße Ecke Banksstraße

Es ist beabsichtigt, nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung St. Georg-Süd, belegene öffentliche Wegefläche Lippeltstraße Ecke Banksstraße (Flurstücke 1618 teilweise und 1685 teilweise) zu entwidmen.

Der Plan über den Verlauf der zu entwidmenden Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Block D, Zimmer 129, 20095 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll im Fachamt vorbringen. Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 20. März 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 502

Widmung einer Wegefläche

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Sasel, Ortsteil 518, belegene Wegefläche Goldparmenweg (Flurstück 3516 teilweise), von der Straße Auf der Heide abzweigend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 11. März 2014

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 502

Widmung von Wegeflächen

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Sasel, Ortsteil 518, belegenen vier unbefahrbaren Wohnwege Saseler Chaussee (Flurstück 8861), bei den Häusern Nummern 134 a bis 142 f liegend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Fußgängerverkehr gewidmet.

Hamburg, den 11. März 2014

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 502

Änderung des Verzeichnisses der zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen für die Stadtreinigung Hamburg (SRH) berechtigten Beschäftigten

Die Befugnis zur Vertretung der Stadtreinigung Hamburg gegenüber Dritten für Herrn Guido Konrad wurde nachträglich zum 31. Januar 2013, die für Herrn Dieter Winter wurde zum 13. Februar 2014, die für Frau Monika Rienau-Witt zum 24. Februar 2014 widerrufen.

Die Befugnis zur Vertretung der Stadtreinigung Hamburg gegenüber Dritten für Herrn Martin Jungmann und Herrn Fabian Fehn wurde zum 15. Januar 2014 und die für Herrn Frank Sattler, einschließlich Unterschriftsbefugnis für Arbeitsverträge, zum 28. Februar 2014 erteilt.

Hamburg, den 12. März 2014

**Stadtreinigung Hamburg
– Geschäftsführung –**

Amtl. Anz. S. 502

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 14 A 0055

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 200,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **14 A 0055 Mauer- + Betonarbeiten**
Maßnahme: 4112 K 1150
Neubau Kfz Halle Notfallfahrzeug
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Bloomkamp 61, 22549 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
14 A 0055 Mauer- + Betonarbeiten
Herstellung eines Kellerraums mit Treppenzugang aus Resten eines größeren Kellers. Ca. 70 m³ Bodenausbau, ca. 3 m³ Fundament, ca. 13 m³ Beton, ca. 1200 kg Baustahl, ca. 70 m² Mauerwerk in verschiedenen Dicken, ca. 27 m² Verblend, ca. 90 m² Mauerwerksabdichtung.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 19. Mai 2014
Fertigstellung der Leistungen bis: 30. Juni 2014
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 7. April 2014
Versand der Verdingungsunterlagen: 14. April 2014
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 7,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0055
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
8. Mai 2014, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 10. Juni 2014
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Grade
Telefon: 040/4 28 42 - 204

Hamburg, den 20. März 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –

237

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 14 A 0094

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
 Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
 E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
 Vergabe: **14 A 0094 Abbruch und Rohbauarbeiten**
 Maßnahme: 62681 B 2013
 Sanierung der Sanitäranlagen

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Sieker Landstraße 13, 22143 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage: 3-gesch.
 Büro Gebäude

Art und Umfang der Leistung: Abbruch und Rohbauarbeiten

Kurzbeschreibung:

- 110 m Bauzaun
- 150 m² Abbruch Estrich mit Fliesen
- 80 m² Abbruch WC-Trennwände
- 120 m² Abbruch Wandfliesen
- 60 m² Abbruch Mauerwerk
- 17 Stück Abbruch Zargen
- 3 Stück Türdurchbrüche herstellen
- 250 m Heizungsrohre und Abwasserleitungen ausbauen
- 60 Stück Wand- und Deckendurchbrüche herstellen einschl. schließen
- 2 Stück Abfangkonstruktionen unter Türen aus Stahl herstellen
- 10 Stück Zargen liefern und einbauen
- 200 m Schlitzte schließen
- 350 m² schadhaften Putz ab stemmen
- 350 m² Kalkzementputz aufbringen

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 2. Juni 2014
 Fertigstellung der Leistungen bis: 18. Juli 2014

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 9. April 2014

Versand der Verdingungsunterlagen: 16. April 2014

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 8,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0094

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

9. Mai 2014, 10.00 Uhr,
 Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
 Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind

präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigen-erklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 10. Juni 2014
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen: Herr Beusen
Telefon: 040 / 4 28 42 - 277

Hamburg, den 20. März 2014

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

238

**Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 14 A 0095**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **14 A 0095 Trockenbauarbeiten**
Maßnahme: 62681 B 2013
Sanierung der Sanitäranlagen
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Sieker Landstraße 13, 22143 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage: 3-gesch.
Büro Gebäude.
Art und Umfang der Leistung: Trockenbauarbeiten.
Kurzbeschreibung:
– 5 m² Trockenbauwand d= 100 mm
– 75 m² Trockenbauwand d= 125 mm
– 100 m² Schachtverkleidung
– 80 m² Trockenputz

- 130 m² glatte Gipskartondecke
- 10 Stück Reviklappen bis 30/30
- Unterkonstruktion für Leuchten
- 6 Stück Zargen mit Türblättern
- 16 Stück Feuchtraumtürblätter

- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 21. Juli 2014
Fertigstellung der Leistungen bis: 25. August 2014
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 10. April 2014
Versand der Verdingungsunterlagen: 17. April 2014
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 6,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0095
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
13. Mai 2014, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 13. Juni 2014

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Beusen
Telefon: 040/4 28 42 - 277

Hamburg, den 21. März 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –

239

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 14 A 0033

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **14 A 0033**

Maßnahme: 10001 K 1201

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Roßberg 33–35, 22089 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Verfüllen eines unterirdischen Bunkers mit ca. 600 m³ Flüssigboden, Herstellen von Baugruben, Kernbohrungen in Stahlbeton bis 100 cm Tiefe.

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 2. Juni 2014

Fertigstellung der Leistungen bis: 28. Juni 2014

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 10. April 2014

Versand der Verdingungsunterlagen: 17. April 2014

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0033

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

14. Mai 2014, 10.00 Uhr,

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: Güteschutz Kanalbau AK 3

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 16. Juni 2014

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Kawaletz
Telefon: 040/4 28 42 - 236

Hamburg, den 21. März 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –

240

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber

Facility-Management-Aufmaß öffentlicher Schulgebäude der Freien und Hansestadt Hamburg, u.a. als Grundlage eines zentralen Mietflächen-Bestandsverzeichnisses.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 27

Sonstige Dienstleistungen

Hauptort der Ausführung, Lieferung

oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern.

Höchstzahl: 5

Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 4 Jahre

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg und GMH Gebäudemanagement Hamburg GmbH als Auftraggeber, vergeben Arbeiten des Facility-Management-Aufmaßes in den Gebäuden der staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hamburg als Rahmenvertrag für den Leistungs-

zeitraum ab Zuschlagserteilung für vier Jahre (somit voraussichtlich bis zum 31. Mai 2018) für ca. 660.000 m² NGF. Der Bedarf der Aufmessung entsteht vor allem nach Abschluss von Baumaßnahmen, u.a. durch fertig gestellte GBS-Maßnahmen, Sanierungen, Umbauten oder anderweitige Neu-/Zubauten. Es werden fünf Lose ausgeschrieben. Auftraggeber für die Lose 1-4 ist SBH, Auftraggeber für Los 5 ist GMH.

Hintergrund: Der zum 1. Januar 2013 in einen Landesbetrieb gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung gewandelte SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten.

Die GMH Gebäudemanagement Hamburg GmbH (nachstehend GMH genannt) ist ein städtisches Unternehmen, welches u.a. für die Schulen im Süden Hamburgs die Dienstleistung des Baus, Betriebs und der Unterhaltung wahrnimmt.

Grundsätzlich werden die Gebäude vor Ort von einem Hausmeister oder einer Hausmeisterin betreut. Es wird darauf hingewiesen, dass die Reihenfolge der aufzumessenden Belegenheiten durch schulische Belange vor Ort oder aufgrund baulicher Maßnahmen durch Vorgabe des Auftraggebers bestimmt wird. Geschuldet wird die Dokumentation des Aufmaßes als Werkerfolg. Das Aufmaß ganzer Gebäude oder betroffener Projektflächen sowie die Aufnahme der alphanummerischen Daten erfolgt auf Grundlage des Pflichtenheftes (Teil I-III) für die Gebäudedokumentation, die damit Bestandteil der Leistungsbeschreibung werden. Das Pflichtenheft wird als Ausschreibungsbestandteil mit versandt.

Pro Abruf aus dem Rahmenvertrag sind folgende Daten zu erheben und im nachstehenden Format inklusive des Datenaustauschblattes an den im Abrufschein benannten Ansprechpartner (Projektsteuerung) zu übergeben (bzgl. der Form der Datenübergabe siehe Pflichtenheft Teile I-III):

- CAD-Daten: Geschossepläne im *.dwg- und *.dxf-Format.
- Alphanumerische Daten: Raumbuch im *.txt-Format (tabstopp_getrennt).

Für die Gewährleistung der Aufnahme der Quadratmeter, die durch die Lose zugeteilt werden, ist die notwendige Kompetenz der Bieter durch das Kurzkonzept nachzuweisen (siehe einzureichende Unterlagen). Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich aus der Nutzungsart der Gebäude starke Einflüsse auf die Fertigstellungstermine – und damit auf die Zeitfenster der Aufmaßarbeiten – ergeben.

Zentral sind hier die Hamburger Schulferienzeiten, herausragende Bedeutung haben die Hamburger Sommerferien, da die Gebäude mit Beginn des jeweils neuen Schuljahres zur Nutzung an den jeweiligen Mieter übergeben sein müssen. Auf den entsprechenden Einfluss auf die Ressourcen der künftigen AN für die vorliegend ausgeschrieben Leistung wird explizit hingewiesen.

Die Raumdaten und ihre Merkmale sind bei der Begehung der Bauwerke vor Ort gemäß des gesamten, in den Pflichtenheften beschriebenen Umfangs, zu erfassen. Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass die alphanumerischen Daten vollständig, d.h. zwangsweise, in jedem einzelnen Raum erfasst werden. Wenn der Abruf sich auf Teilflächen eines Gebäudes bezieht (z.B. An-/Umbaufläche), ist das Aufmaß und das Raumbuch auf Basis der bestehenden Dateien (DWG) und TXT-Raumbuchdateien zu erstellen.

Es ist sicherzustellen, dass je Geschoss eines Gebäudes eine einzige, vollständige Grundrissdatei zur Verfügung gestellt wird und das aktualisierte Raumbuch als TXT-Datei alle Räume dieser Grundrissdatei enthält. Der Auftragnehmer prüft in diesem Zusammenhang vor Ort, ob sich durch einen Um- oder Anbau gegebenenfalls Änderungen an bisherigen Räumen hinsichtlich Raumbezeichnung und/oder -nutzung aufgrund der Baumaßnahme ergeben haben. Der AG wird die relevanten Dateien hierfür vollständig zur Verfügung stellen.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71353200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Ja
Angebote sind möglich für alle Lose.

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Kostenschätzung beträgt der Auftragswert über den Gesamtzeitraum für alle Lose ca. 1.500.000,- Euro (netto).

Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.500.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 48 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber

- ber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Nachweis über den Eintrag im Gewerbe- oder Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (gültig und nicht älter als 12 Monate).
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
 - Bescheinigung in Steuersachen (hier: Unbedenklichkeitsbescheinigung vom Finanzamt, gültig und nicht älter als 12 Monate).
 - Eigenerklärung (Formblatt beiliegend).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013).
 - Aufstellung der Mitarbeiter inkl. fachlicher Qualifikation (aus den Jahren 2011, 2012 und 2013).
 - Eigenerklärung Mindestlohn (Formblatt beiliegend).
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Kurzkonzzept (max. 2 DIN A4-Seiten, Schriftgröße 11pt) zur Bearbeitung der Aufträge, aus dem Ihre Herangehensweise und die quantitative Leistungsfähigkeit hervorgeht. Das Konzept soll Informationen zu einem Krisenmanagement enthalten (z.B. falls die Durchführung der Arbeiten aufgrund von schulisch bedingten Umständen länger dauert oder später beginnt als vom Auftragnehmer zunächst geplant). Darüber hinaus muss gewährleistet werden, dass auch bei Krankheit oder Verhinderung des Personals des Auftragnehmers die Arbeiten weiter voranschreiten. Es ist auszuführen, wie eine deutliche erhöhte Anzahl an Abrufen mit Leistungserbringung in den Ferien (insbesondere Hamburger Sommerferien, s.o.) sichergestellt wird. Zudem sind unternehmensspezifisch das Qualitätsmanagement sowie das Vorgehen der Qualitätssicherung darzustellen. Sofern vorhanden kann der Nachweis durch ein gültiges QM-Zertifikat erbracht werden.
 - Nachweis der fachlichen Qualifikation des Projektleiters durch Nachweis der beruflichen Qualifikation (in Kopie). Als Mindestqualifikation gilt der erfolgreiche Abschluss als Bauzeichner (oder vergleichbar für Bieter anderer Staaten).

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:
- | Kriterien | Gewichtung |
|---|------------|
| 1. Qualität (Kurzkonzzept inkl. Nachweis der quantitativen Kompetenzen) | 40 % |
| 2. günstigster Preis (Preis pro m ²) | 60 % |
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOL EU 007/2014
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 28. April 2014, 14.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 29. April 2014, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Ja
Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen: 1. Quartal 2018
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,
Telefon: +49/040/4 28 23 - 20 20
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
14. März 2014

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Facility-Management-Aufmaß öffentlicher Schulgebäude der Freien und Hansestadt Hamburg, u.a. als Grundlage eines zentralen Mietflächen-Bestandsverzeichnisses.

Los-Nr. 1

Bezeichnung:

Los 1 – SBH Regionen Wandsbek Nord und Wandsbek Süd

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Los 1 SBH, Regionen Wandsbek Süd und Wandsbek Nord
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71353200
- 3) **Menge oder Umfang:**
Ca. 140.000 m² Aufmaßarbeiten
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen: –**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein, mehrere oder alle Lose. Der AG behält sich vor, den Zuschlag für ein oder mehrere Lose auf Grundlage wirtschaftlicher Gesichtspunkte in Verbindung mit der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Bieters zu erteilen.

Los-Nr. 2

Bezeichnung:

Los 2 – SBH Regionen Nord und HIBB

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Los 2 SBH, Regionen Nord und HIBB (Berufliche Schulen)
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71353200
- 3) **Menge oder Umfang:**
Ca. 90.000 m² Aufmaßarbeiten
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen: –**
Die Angebotsabgabe ist möglich für ein, mehrere oder alle Lose. Der AG behält sich vor, den Zuschlag für ein oder mehrere Lose auf Grundlage wirtschaftlicher Gesichtspunkte in Verbindung mit der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Bieters zu erteilen.

Los-Nr. 3

Bezeichnung:

Los 3 – SBH Regionen Altona und Eimsbüttel

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Los 3 SBH, Regionen Altona und Eimsbüttel
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71353200
- 3) **Menge oder Umfang:**
Ca. 205.000 m² Aufmaßarbeiten

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Die Angebotsabgabe ist möglich für ein, mehrere oder alle Lose. Der AG behält sich vor, den Zuschlag für ein oder mehrere Lose auf Grundlage wirtschaftlicher Gesichtspunkte in Verbindung mit der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Bieters zu erteilen.

Los-Nr. 4

Bezeichnung:

Los 4 – SBH Regionen Mitte und Bergedorf

1) **Kurze Beschreibung:**

Los 4 SBH, Regionen Mitte und Bergedorf

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 71353200

3) **Menge oder Umfang:**

Ca. 160.000 m² Aufmaßarbeiten

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Die Angebotsabgabe ist möglich für ein, mehrere oder alle Lose. Der AG behält sich vor, den Zuschlag für ein oder mehrere Lose auf Grundlage wirtschaftlicher Gesichtspunkte in Verbindung mit der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Bieters zu erteilen.

Los-Nr. 5

Bezeichnung:

Los 5 – GMH Region Harburg

1) **Kurze Beschreibung:**

Los 5 GMH, Region Harburg

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 71353200

3) **Menge oder Umfang:**

Ca. 70.000 m² Aufmaßarbeiten

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Die Angebotsabgabe ist möglich für ein, mehrere oder alle Lose. Der AG behält sich vor, den Zuschlag für ein oder mehrere Lose auf Grundlage wirtschaftlicher Gesichtspunkte in Verbindung mit der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Bieters zu erteilen.

Hamburg, den 14. März 2014

Die Finanzbehörde

241

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber

Ersatzneubau und Sanierung Grundschule Leuschnerstraße 13, Hamburg – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, das Hauptgebäude der Schule Leuschnerstraße zu sanieren. Die Schule Leuschnerstraße liegt im grünen Herzen von Lohbrügge direkt am Lohbrügger Marktplatz. Die Grundschule und das Regionale Bildungs- und Beratungszentrum Bergedorf (ReBBZ) am Standort Leuschnerstraße 13 bestehen aus einem denkmalgeschützten Hauptgebäude, zwei Sporthallen, zwei Pavillons sowie einem großen Schulgelände. Das zu sanierende Hauptgebäude der Schule ist ein denkmalgeschützter, 3-geschossiger kubischer Backsteinbau aus den 1920er Jahren mit einer NGF von 4.466 m². Es beinhaltet die Grundschule sowie das im Gebäude integrierte ReBBZ mit Klassen- und Fachräumen, Aula und dem Kantinenbereich. Die Innenräume sind im Zuge der Neuausrichtung der allgemeinbildenden Schulen an das Musterflächenprogramm und an die Bedürfnisse der Schule unter Berücksichtigung bereits stattgefundener Umbauten (GBS 2011, ReBBZ) anzupassen. Die Bestandsflächen sind zu optimieren, soweit dies im Rahmen der Sanierung möglich ist. Bei der Grundsanierung sind die brandschutztechnischen Anforderungen gemäß der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) zu beachten. Die technischen Anlagen sind zu überprüfen und an den Standard der aktuellen TR-Schulen anzupassen. Die Südfassade wurde bereits 2012/2013 auf der Grundlage AG-seitiger Planung saniert, für die Ost-/West- und die Nordseite sind die LPH 1-4 bereits AG-seitig erbracht. Im Zuge der Gesamtmaßnahme sollen auch die beiden Bestandspavillons 5 und 6 abgebrochen und durch einen Ersatzneubau mit 332 m² NGF ersetzt werden. Die Kosten für den Abbruch und den Ersatzneubau umfassen ca. 0,8 Millionen Euro brutto, gem. DIN 276 Kostengruppe 200 bis 700. Der Ersatzneubau soll 2015-2016 fertiggestellt werden, der Abriss der Bestandspavillons ist für 2016 vorgesehen. Die Sanierung des Gebäudes soll in einem Abschnitt bei laufendem Schulbetrieb durchgeführt werden. Die Aufstellung von mobilen Klassenräumen als Ausweichfläche soll vermieden werden. Die Baumaßnahme ist in enger Abstimmung mit den Schulleitungen und dem SBH Schulbau Hamburg zu erstellen. Die Fertigstellung der Gesamtmaßnahme ist für den Sommer 2016 vorgesehen. Das Gesamtinves-

titionsvolumen für die Maßnahme beträgt ca. 7,2 Millionen Euro brutto, gem. DIN 276 Kostengruppe 200 bis 700.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

Innere Sanierung:

- Leistungsphasen 1 bis 2 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Ersatzneubau:

- Leistungsphasen 1 bis 2 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf rund 210.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 210.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Innere Sanierung:

- Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Ersatzneubau:

- Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw.

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 22 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,-

Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/in insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet. Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2),(3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen

erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

Ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle

Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie)

Anlage 1B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck)

Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck)

Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck)

Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck)

Anlage 1F: Angaben zu Auftrags teilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck)

Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck)

Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck)

Anlage 1I: Eigenerklärung über geleistete Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vordruck), die Nachweise in Kopie werden mit dem Honorarangebot abgefordert

Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1

Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung aller Bürohhaber und der für die Leistung vorgesehenen Personen (Anlage: 3A-1) (in Kopie)

Anlage 3B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als

Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden, jeweils 2-fach maximiert).

B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI 2013 in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2010, 2011, 2012). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 200.000 Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2011, 2012, 2013). Geforderter Mindeststandard: 2 Ingenieur/innen für die Leistungen gem. § 55 HOAI (HLS) und 2 Ingenieur/innen für die Leistungen gem. § 55 HOAI (ELT). Bietergemeinschaften können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen. Geforderter Mindeststandard: Ingenieur/in für die Leistungen der Technischen Gebäudeausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS, Anlagengruppen 1-3). Ingenieur/in für die Leistungen der Technischen Gebäudeausrüstung gem. § 55 HOAI (ELT, Anlagengruppen 4-5).

C) Nachweis der erbrachten Leistungen: Alle Projekte müssen innerhalb der vergangenen 5 Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 400 gem. DIN 276), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGfA gem. DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung (siehe III.2.1 sowie IV.1.2) des Auftraggebers einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern und mit Sanierungsmaßnahmen nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI HLS und ELT gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirt-

schaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbereich (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Auftraggeber (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 16 Punkte erreicht werden. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	20 %
2. Qualität	20 %
3. Umwelteigenschaften	10 %
4. Kundendienst	10 %
5. Ausführungszeitraum	10 %
6. Preis/Honorar	30 %

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOF 011/2014
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 22. April 2014, 14.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 23. April 2014, 14.00 Uhr

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 19. Mai 2014

- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen>

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 21. Kalenderwoche 2014, Einreichung der Honorarangebote in der 24. Kalenderwoche 2014, Verhandlungsgespräche in der 26. Kalenderwoche 2014.

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland

Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
 Offizielle Bezeichnung:
 SBH | Schulbau Hamburg,
 Rechtsabteilung U 1,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
 20. März 2014

Hamburg, den 20. März 2014

Die Finanzbehörde

242

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefon: 040/4 28 23 - 62 86,
 Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) GTS Grundschule
 Lutterothstraße 34-36, 20255 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 19/14 AS**
 Neubau einer Mensa/Ausbau als Ganztagschule
 Fassadenarbeiten
 Zu erbringende Leistungen:
 – Fassade: 235 m² Unterkonstruktion, Tragkonstruktion, Dämmung, Faserzementplatten
 – Unterschlag Eingang: ca. 15 m² Unterkonstruktion, Dämmung, Faserzementplatten
 – Metallarbeiten: 33 Alu-Fenster- und Türleibungen
 – Stundenarbeiten: 15 Stunden zum Nachweis
 Flachdach mit Dampfsperre, Grund- und Gefälledämmung, selbstklebende Unterlagsbahn sowie Elastomerbitumen-Bahn mit oberseitiger KS-Folie. Inkl. Dachdurchführungen.
- g) Keine Planungsleistungen
- h) Entfällt
- i) Baubeginn: Juli 2014
 Bauende: September 2014
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 25. März 2014 bis 14. April 2014, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro.
 Erstattung: Nein
 Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
 Empfänger:
 SBH Schulbau Hamburg,
 Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
 IBAN DE 252 00000000020101529,
 BIC MARKDEF1200,
 Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
 Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 19/14 AS
 Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine der Varianten wählen. Auf der Anforderung bitte die Belegenheit, das Gewerk und die Vergabenummer angeben.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 15. April 2014, 10.10 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
 SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 15. April 2014 um 10.10 Uhr.
 Anschrift: siehe Buchstabe o)
 Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 14. Mai 2014.
- w) Beschwerdestelle:
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 24. März 2014

Die Finanzbehörde

243

Gerichtliche Mitteilungen

Konkursverfahren

65 a N 413/95. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **GLV Gebäude- und Liegenschaften-Verwaltungs-GmbH & Co. Fleetinsel, Hotel Verwaltung KG**, Cremon 36, 20457 Hamburg, persönlich haftender Gesellschafter: GLV Gebäude- und Liegenschaften-Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Geschäftsführerin: Renate Freifrau von Richthofen, wird nach Abhaltung des Schlusstermins durch Beschluss vom 11. März 2014 aufgehoben.

Hamburg, den 18. März 2014

Das Amtsgericht, Abt. 65

244

Zwangsversteigerung

71 d K 57/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Hinter der Lieth 3 belegene, im Grundbuch von Lokstedt Blatt 4916 eingetragene 442 m² große Grundstück (Flurstück 1714), durch das Gericht versteigert werden.

Freistehendes, eingeschossiges, teilunterkellertes Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, angebautem Hauseingangsbereich und angebauter Garage. Gesamtwohnfläche etwa 136,3 m², 6 Zimmer, Küche mit Essplatz, Bad, Gäste-WC, 2 Dielen, Haustechnikraum im Dachgeschoss, Terrasse. Ursprungsbaujahr etwa 1932, seit 1998 umfassende Modernisierungen, fiktives Baujahr des Hauses 1973. Etwa 2008 Einbau einer Gas-Kombi-Brennwerttherme, zum Teil Fußbodenheizung. Stellenweise noch nicht endgültig fertig gestellter Ausbauzustand (Fassade, Innentreppe, Wand- und Deckenbekleidung, Terrassendach). Zur Zeit der Begutachtung selbstgenutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 365 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 27. Mai 2014, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. Juli 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 28. März 2014

Das Amtsgericht, Abt. 71

245

Zwangsversteigerung

802 K 59/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Grootmoorgraben 20 belegene, im Grundbuch von Bramfeld Blatt 16601 eingetragene 501 m² große Grundstück (Flurstück 9708), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einem vollunterkellerten, eingeschossigen Einfamilienwohnhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, Baujahr 2003, bebaut. Die Wohnfläche beträgt etwa 164 m² und verteilt sich auf 5 1/2 Zimmer, Küche, Voll- und Duschbad, Gäste-WC, Balkon und Terrasse, wobei Balkon und Terrasse zu 25 % auf die Wohnfläche angerechnet sind. Zur Ausstattung gehören u.a. ein Kamin, eine Alarmanlage und eine Kellersauna mit Dusche und WC. Gaszentralheizung, im Erd- und Dachgeschoss als Fußbodenheizung. Insgesamt gehobene Ausstattung. Das Objekt wird durch eine Miteigentümerin genutzt. Alle Angaben laut Gutachten.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 505 000,- Euro gesamt, 252 000,- Euro je 1/2 Miteigentumsanteil.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 22. Mai 2014, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 20. Dezember 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 28. März 2014

Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek

Abteilung 802

246

Zwangsversteigerung

616 K 52/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Jägerstraße 31, 21079 Hamburg belegene, im Grundbuch von Harburg Blatt 13544 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 144,4445/1000 Miteigentumsanteilen an dem 703 m² großen Flurstück Wilstorf 1114 und 1115, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 3, durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich um eine vermietete 4-Zimmer-Wohnung, etwa 95 m², im I. Obergeschoss eines etwa 1902 errichteten Wohnhauses mit 14 Wohneinheiten. Gasetagenheizung. Warmwasserversorgung erfolgt über Heizungsanlage oder elektrische Durchlauferhitzer. Es besteht umfangreicher Renovierungs- und Modernisierungsbedarf am Gesamtgebäude, für die Wohnung unbekannt. Die Nutzung erfolgt durch den Schuldner. Eine Innenbesichtigung

durch den Sachverständigen wurde nicht zugelassen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 109 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 13. Mai 2014, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. Oktober 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die

Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 28. März 2014

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616 247

Zwangsversteigerung

717 K 46/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Kohövedstraße 17 belegene, im Grundbuch von Oldenfelde Blatt 7474 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus $\frac{1}{2}$ Miteigentumsanteil an dem 830 m² großen Flurstück 1395, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen mit der Nummer 1 des Aufteilungsplans, durch das Gericht versteigert werden.

Das Wohnungseigentum besteht an einem etwa im Jahr 1998 errichteten und unterkellerten Einfamilienhausanbau mit der postalischen Anschrift „Kohövedstraße 17a“. Die Wohnfläche beträgt etwa 143 m². Es existieren vermutlich keine eigenen Hausanschlüsse für Gas, Elektro, Wasser und Abwasser. Diese sowie die Wärmeversorgung sollen über die Anschlüsse bzw. das Heizungssystem im Nachbargebäude erfolgen. Die Warmwasserversorgung ist unbekannt. Eine Innenbesichtigung wurde dem Sachverständigen nicht ermöglicht. Es besteht ein Sondernutzungsrecht an einer Gartenfläche und einem Stellplatz. Vermutlich wird das Objekt von den Angehörigen eines Miteigentümers zu Wohnzwecken genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: a) 121 666,67 Euro für den $\frac{1}{3}$ Anteil, b) 243 333,33 Euro für den $\frac{2}{3}$ Anteil, c) 365 000,- Euro Gesamtverkehrswert.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 6. Juni 2014, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. November 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 28. März 2014

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717 248

Sonstige Mitteilungen

Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

- a) HGV – Hamburgische Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH
In vollumfänglicher Handlungsvollmacht vertreten durch:
IMPF – Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH,
Überseering 10 A, 22297 Hamburg,
jacklofsky@impf.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

- c) Entfällt
- d) Ausführung von Bauleistungen
Energetische Fassadensanierung
Gewerk: Vorhangsfassade Aluminium
(Metallbau Fassadenarbeiten)
- e) Polizeikommissariat 42
Möllner Landstraße 44, 22111 Hamburg
- f) Vergabenummer: **MÖL11_030_002**
Metall-Vorhangsfassade

Ein bestehendes Gebäude, Baujahr Ende der siebziger Jahre, als Stahlbetonskelettbau mit Verblendmauerwerk soll gedämmt und neu verkleidet werden. Das Gebäude

besteht aus zwei Flügeln, einer viergeschossig, einer fünfgeschossig, mit T-förmigem Grundriss.

Das Gebäude bleibt während der Baumaßnahmen in Betrieb.

Die Arbeiten umfassen u.a. folgende Leistungen:

- 750 m² Vorgehängte, hinterlüftete Fassadenbekleidung mit Aluminium-Paneelen
- 750 m² Aluminium- Unterkonstruktion, Befestigung im Hintermauerwerk
- 3850 m Stoßausbildung der Alu-Paneele, vertikal und horizontal, mit Aluminium-Kanteilen
- 465 m Aluminium Sturzverkleidung
- 240 m Aluminium Sturzverkleidung integriert in einer bauseitigen WDVS-Fassade
- 235 m Anschluss an bauseitige Sohlbänke
- 125 m Vertikale und horizontale Anschlüsse an bauseitige WDVS-Fassade
- 385 m² Wärmedämmung Mineralfaser, d= 8 cm
- 365 m² Wärmedämmung Mineralfaser, d= 14 cm
- 465 m² Wärmedämmung Mineralfaser, d= 12 cm, im Hohlraum hinter vorhandenen Betonfertigteilstützen
- 1 Stück Vordach als Profilstahlkonstruktion (IPE 100) mit Glasabdeckung
- 1 Stück Vordach als Profilstahlkonstruktion (RR 100*50) mit Abdeckung aus Aluminium-Paneelen, vorhandene Unterkonstruktion anpassen, sowie Entwässerungsrinnen, Dämmung und Aluminium-Unterdecke

Musterfassade herstellen

Technische Bearbeitung:

Werk- und Montageplanung, statische Nachweise, Verlegepläne

- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Beginn: September 2014
Ende: Juni 2015.
Ausführung in zwei Bauabschnitten.
- j) Nebenangebote sind zugelassen in Verbindung mit einem Hauptangebot. Die Gleichwertigkeit der Produkte und Leistungen ist nachzuweisen.
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 17. April 2014.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o).
- n) Die Angebote können bis zum 8. Mai 2014, 10.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
IMPF – Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH,
Überseering 10 A, 22297 Hamburg,
jacklofsky@impf.de
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am: 8. Mai 2014, 10.00 Uhr.
Anschrift: siehe o)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistrauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschrän-

kender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baufähndung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“

- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- j) Auskunft aus dem Gewerbezentralregister. Die Auskunft darf nicht älter als drei Monate sein.
- k) Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes über die vollständige Entrichtung von Steuern, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- l) Erklärung über den Nichtausschluss von öffentlichen Aufträgen der Freien und Hansestadt Hamburg.
- m) Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 27. Juni 2014.
- w) Beschwerdestelle:
IMPF – Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH,
Die Geschäftsleitung,
Überseering 10 A, 22297 Hamburg

Hamburg, den 20. März 2014

**IMPF Hamburgische Immobilien
Management Gesellschaft mbH**

249

Öffentliche Ausschreibung der Hamburger Wasserwerke GmbH

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: 17/14

Wesentliche Leistungen:

Betriebsfertige Legung von insgesamt etwa 1435 m Leitungen in den Straßen Horner Weg u.a. in Hamburg-Horn und zwar

800 m DN 100 GGG Zm PE
480 m DN 150 GGG Zm PE
sowie 135 m DN 25-50 Cub zw. PE
20 m DN 80 GGG Zm PE

Anschlussleitungen

Geplanter Ausführungsbeginn: Juni 2014

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 1. April 2014 bis zum 17. April 2014 montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich mit Nachweis des Überweisungsträgers über 20,- Euro bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040/78 88 - 18 49 94) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 24. April 2014 um 9.00 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.003.

Hamburg, den 24. März 2014

Hamburger Wasserwerke GmbH

250

Schlussverteilung

65 b N 78/97 (Amtsgericht Hamburg). In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Deco-Line Peter Determann KG** soll die Schlussverteilung erfolgen. Hierfür stehen etwa 2383,20 Euro abzüglich Sicherstellung für Gerichtskosten in Höhe von 218,88 Euro, d.h. insgesamt 2164,32 Euro, zur Verfügung. Gemäß dem auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hamburg niedergelegten Schlussverzeichnis sind Konkursforderungen gemäß § 61 Ziffer 1 KO von 121 151,50 Euro sowie nicht bevorrechtigte Konkursforderungen in Höhe von 19 369.730,69 Euro, zu berücksichtigen.

Hamburg, den 11. März 2014

Der Konkursverwalter

Joachim G. Brandenburg, Rechtsanwalt

251